

Antrag

der Abgeordneten Nicole Bauer, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Zukunftsgipfel Emanzipation einberufen – Rückwärtstrend entgegenwirken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Schon in vergangenen Krisen wie der Ebola- oder Finanzmarktkrise waren es weltweit die Frauen, die überproportional von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen betroffen waren. Ein ähnliches Szenario zeichnet sich nun in der Corona-Pandemie ab (www.nzz.ch/panorama/uno-warnen-katastrophale-auswirkungen-der-corona-krise-auf-frauen-ld.1554140, www.spiegel.de/politik/ausland/gleichberechtigung-in-der-corona-krise-angriff-auf-die-emanzipation-a-d4d75ac7-472c-4955-b142-49a024518379). Die Vereinten Nationen sprechen in ihrem Bericht über die Auswirkungen von COVID-19 auf Frauen weltweit von einem regelrechten „Angriff auf die Emanzipation“ und zeigen, wie vielfältig sich dieser Angriff darstellt (www.un.org/sites/un2.un.org/files/policy_brief_on_covid_impact_on_women_9_april_2020.pdf).

Auch hierzulande warnen verschiedene Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den letzten Wochen vor einem Rückwärtstrend hinsichtlich der Rollenverteilung von Frauen und Männern seit Beginn der Coronakrise. Eine Entwicklung, die sich insbesondere auf Frauen negativ auswirkt und, so die Befürchtung, unsere gleichstellungspolitischen Errungenschaften der letzten drei Jahrzehnte mindestens gefährdet (www.wiwo.de/erfolg/beruf/zurueck-an-den-herd-zerstoert-corona-frauen-karrieren/25802466.html). So beklagt der Deutsche Juristinnenbund, dass die

Pandemie alle gleichstellungs- und frauenpolitischen Probleme und Schief lagen vergrößere (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/frauen-in-fuehrung-die-coronakrise-erschwert-die-ohnehin-geringe-gleichstellung/25792352.html?ticket=ST-3948332-ddvDrnkq2YnadoSg7Vv-ap2). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin bestätigt dies: Mütter hätten schon vor der Corona-Zeit im Durchschnitt deutlich mehr Kinderbetreuung und Hausarbeit übernommen und würden nun aufgrund der gleichen Mechanismen, die zu dieser Ungleichverteilung geführt hätten, auch derzeit den größten Teil der zusätzlichen Last schultern. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Coronakrise sei vor allem für Mütter erschwert (www.diw.de/de/diw_01.c.787888.de/publikationen/wochenberichte/2020_19_1/corona-krise_erschwert_vereinbarkeit_von_beruf_und_familie_v_r_muetter_erwerbstaetige_eltern_sollten_entlastet_werden.html). Das zeigt auch eine Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung, der zufolge 24 Prozent der Frauen ihre Arbeitszeit reduziert hätten und sich Frauen auch deutlich häufiger wegen der geschlossenen Kitas und Schulen vom Arbeitgeber haben freistellen lassen als Männer (www.boeckler.de/data/Boeckler-Impuls_2020_08_S4-5.pdf).

Auch die Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, Jutta Allmendinger, hatte sich mehrfach äußerst besorgt zu Wort gemeldet und eine „Retraditionalisierung der Geschlechterrollen“ als verharmlosende Bezeichnung eines sehr bedenklichen Trends bezeichnet. Sie forderte im Zuge des langen Weges aus der Krise eine systematische Überprüfung aller konjunkturellen Hilfsprogramme und inwiefern diese Frauen wie Männern gleichermaßen helfen würden (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung). Zudem kritisierte sie die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Corona der Nationalakademie Leopoldina, von deren 26 Mitgliedern lediglich zwei Frauen sind. Die Auswirkungen auf die Entscheidungen und Empfehlungen des Gremiums werden dadurch sichtbar, dass die Interessen und Bedürfnisse von Familien und Frauen viel zu wenig berücksichtigt wurden (www.tagesspiegel.de/wissen/kritik-an-leopoldina-empfehlung-das-wohlergehen-der-frauen-wird-nicht-adressiert/25739444.html). Auch die Vorsitzende der Geschäftsführung des Verlagshauses „Gruner + Jahr“, Julia Jäkel, prangerte an, dass das Gebot der Diversität in Krisenzeiten leider oftmals schnell über Bord geworfen werde und Frauen in der Arbeitswelt nahezu unsichtbar würden. „Homeoffice bedeutet für Tausende Frauen gerade vor allem home und wenig office.“ (www.zeit.de/2020/19/frauen-beruf-fuehrungspositionen-rollenbilder-coronavirus-krise).

Neben arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen birgt die Coronakrise auch andere Gefahren für Frauen. Soziale Isolation und Ausgangssperren führen zu einer Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt (www.dw.com/de/corona-n%C3%A4hrboden-f%C3%BCr-h%C3%A4usliche-gewalt/a-53051326, <https://www.dw.com/de/kommentar-die-corona-krise-wirft-die-frauen-zur%C3%BCck/a-53295568>, www.rbb24.de/panorama/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/04/polizei-berlin-mehr-haeusliche-gewalt-wenige-anzeigen-notrufe-lockdown.html); für ungewollt Schwangere droht der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen während der Coronakrise noch schwieriger zu werden (<https://taz.de/Schwangerschaftsabbruch-in-Coronazeit!/5677292/>), in Teilen der USA wurden sie sogar zeitweilig verboten (www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/texas-abtreibungen-waehrend-corona-pandemie-verboten-16707023.html).

Diese Entwicklungen müssen wir ernst nehmen und politisch gegensteuern. Eine Debatte darüber in den sozialen Medien reicht nicht aus, zeigt jedoch, wie viele dieses Thema aktuell umtreibt (www.wiwo.de/erfolg/beruf/zurueck-an-den-herd-zerstoert-corona-frauen-karrieren/25802466.html). Ähnlich zu Konjunktur- und Wiederaufbauprogrammen müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir auch die gleichstellungspolitischen Folgen der Coronakrise angehen, damit Frauen nicht zu den Verlierern dieser Krise werden und wir für etwaige zukünftige Krisen besser aufgestellt sind.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,
1. einen Zukunftsgipfel zur Emanzipation einzuberufen, der sich mit dem Rückwärtstrend hinsichtlich der Rollenverteilung von Frauen und Männer bzw. Müttern und Vätern während der Coronakrise auseinandersetzt und eine umfassende Strategie mit konkreten Maßnahmen entwickelt, wie man diesem entgegenwirken kann;
 2. den Zukunftsgipfel erstmalig im 3. Quartal 2020 und dann einmal jährlich auszurichten und sich dabei jeweils einem anderen Schwerpunktthema zu widmen;
 3. hierzu Vertreterinnen und Vertreter aus den relevanten frauen-, gleichstellungs-, eltern- und familienpolitischen Verbänden, aus Gewerkschaften, von Arbeitgebern sowie aus der Wissenschaft einzuladen und einzubinden;
 4. bei der Zusammensetzung der Vertreter und Vertreterinnen auf Diversität hinsichtlich Geschlecht und Alter zu achten;
 5. nach dem Auftakttreffen und zwischen den einmal jährlich stattfindenden Gipfeltreffen regelmäßig in themenspezifischen und dauerhaft eingerichteten Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen zu erarbeiten;
 6. nach dem Auftakttreffen in regelmäßigen Zeitabständen zu Sitzungen mit virtueller oder physischer Präsenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einzuladen;
 7. die Strategie insgesamt sowie die einzelnen Maßnahmen erstmalig nach einem Jahr und dann alle drei Jahre wissenschaftlich zu evaluieren und dem Parlament vorzulegen.

Berlin, den 16. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion

